

Maßnahmensachstandsbericht

Maßnahmenbezeichnung

Anpassung des Standortkonzeptes der Polizei im Hinblick auf Potentiale von Konzentration und Verlagerung in kostengünstigere Objekte

Maßnahmenverantwortung

Herr Müller

Maßnahmenbeschreibung

In Bezug auf die Koalitionsvereinbarung soll das bestehende Standortkonzept der Polizei in Bezug auf die Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung und die Präsenz in den Stadtteilen angepasst werden. Die Gebäudekosten nehmen im konsumtiven Haushalt der Polizei einen Anteil von rd. 60 % ein. Zudem besteht bei diversen Objekten ein erheblicher Sanierungsbedarf. Vor diesem Hintergrund sollen Optimierungspotentiale untersucht und ggf. Alternativen vorgeschlagen werden. Eine fundierte Quantifizierung eines möglichen Reduktionspotentials ist erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse möglich.

Kurzbeschreibung Status (erreichter Sachstand)

Mit der Überprüfung der Liegenschaften und der Erhebung der Sanierungsbedarfe wurde bereits 2014 seitens der Polizei Bremen und Immobilien Bremen begonnen. Aufgrund aktueller geänderter Anforderungen an die Aufgaben der Polizei im Bereich der Terrorbekämpfung und Zuwanderung sind der quantitative Raumbedarf und die qualitativen Gebäudeanforderungen gestiegen bzw. deutlich verändert und müssen in die weiter zu entwickelnde Standortstruktur integriert werden. Hinzugekommen ist, dass seit Mitte 2016 sich die Polizei Bremen in einem umfassenden Reformprozess befindet. Dieser sieht auch die Überprüfung und Anpassung der Strukturen und Aufgaben der regionalen Polizeiarbeit vor. Für die zukünftige Ausgestaltung der regionalen Polizeiarbeit gibt es Vorschläge, die sich allerdings noch in der Abstimmung befinden und daher noch nicht entschieden wurden. Inwiefern dies ggf. Auswirkungen auf die Standortstruktur und die damit verbundenen Sanierungsmaßnahmen hat, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend dargestellt werden.

Geplante Schritte im nächsten Berichtszeitraum

Die veränderten raumbezogenen Bedarfe werden sukzessive in den Standortanalysen beschrieben, Alternativen erarbeitet und finanzielle Auswirkungen bis Ende 2017 dargestellt. Zeitnah zu realisierende Veränderungsprojekte mit überdurchschnittlich zu erwartenden positiven Effekten werden hierbei priorisiert umgesetzt.

Unter Annahme eines durchschnittlichen Erhaltungszustandes, der derzeit noch nicht

erreicht ist und somit zunächst Mehrausgaben erfordern würde, ist eine optimierte Standortstruktur wirtschaftlicher als die Bisherige. Ebenso erfordert der Personalaufwuchs der Polizei (2.600 VZE) mehr Fläche. Da in den nächsten Jahren folglich keine kamerale Ausgabenreduzierung möglich ist, soll diese Maßnahme aus der Berichterstattung genommen werden.